

## Hoffen auf die Neuen

### Warum die Grünen derzeit nicht auf Touren kommen

Es ist Mitte Januar, der grüne Parteipräsident Ueli Leuenberger, 58, weisses Haar, dunkelgrauer Kittel, ruft ins Bundeshaus. Dort erklären er und die Parteispitze den sieben anwesenden Journalisten, warum man im Herbst grün wählen soll. Weil jede grüne Stimme eine Stimme gegen neue AKWs sei, lautet die Antwort. Die ist gewiss richtig — doch nicht gerade elektrisierend neu. Deshalb will ein Journalist vom Parteipräsidenten wissen: «Was haben die Grünen eigentlich für ein Ziel bei den Wahlen?» «Äh ... , ich verstehe die Frage nicht ganz...», sagt Leuenberger. Ach so, die Wählerstärke sei gemeint, schiebt der Präsident nach ein paar Sekunden nach und lächelt verlegen in die Runde.

Tja, die Wählerstärke. Will man 15 Prozent anpeilen, wie zum Beispiel der grüne Berner Regierungsrat Bernhard Pulver vor einem Jahr noch vehement gefordert hatte? Wollen die Grünen endlich in den Bundesrat einziehen, wie Leuenberger und seine gesamte grüne Fraktion im letzten September noch energisch verlangt hatten? Kein Wort dazu. Dem Präsidenten reicht es, «mit der Nase über 10 Prozent» zu kommen.

Zufall ist es kaum, dass er nicht darüber reden mag. Zu unerfreulich sind die Aussichten für die Grünen (GPS). Jahrelang hat die Partei fast automatisch gewonnen, jedes Hochwasser, jeder Hitzesommer brachte neue Sitze. Im Al-Gore-Film-Jahr 2007 war die GPS (nach der SVP) die zweite nationale Wahlsiegerin.

Doch seit 2008 hat sie gerade noch in der Hälfte von siebzehn kantonalen Wahlen zugelegt, ansonsten stagnieren die Grünen — oder sie haben markant verloren, wie 2010 in den Kantonen Bern und Zug oder in der Stadt Zürich. Stimmen die Umfragen, werden die Grünen im Herbst jeden zehnten Wähler verlieren und bei 8,8 Prozent

landen. Umso bedrückter schielt man nach Deutschland, wo die Grünen mittlerweile zur dritten Volkspartei geworden sind.

Die heftigste Abfuhr kassierten die Schweizer Grünen im letzten Herbst. Nach dem angekündigten Rücktritt von Hans-Rudolf Merz reklamierte Ueli Leuenberger diesen FDP-Sitz zwar sofort für die Grünen. Respektive «für die Umwelt». Das war ein forscher Auftakt — zur Selbstversenkung. Denn nur allzu rasch wurde offensichtlich, dass niemand den Machtanspruch der Grünen ernst nahm. Nicht einmal die Favoriten in der eigenen Partei. Der sehr valable (und damals gerade hervorragend als Regierungsrat wiedergewählte) Bernhard Pulver zum Beispiel hütete sich davor, als Alibikandidat verheizt zu werden. Der ebenso talentierte frühere Zuger Justizdirektor Hanspeter Uster sagte dankend ab. Guy Morin, Basels ambitionierter Regierungspräsident, liess ausrichten: «Niemand geht gerne für nichts unter.»

Stattdessen meldete sich zum Beispiel die Winterthurer Nationalrätin Marlies Bänziger, in deren Lebenslauf Stationen wie «Marroniverkäuferin» und «Süsses Nichtstun» vermerkt sind, was an einem Quartierstrassenfest gewiss sympathisch wirkt, aber nicht wirklich wahlfördernd ist im Berner Haifischbecken. Die Solothurner Nationalrätin Brigit Wyss, die schliesslich als offizielle grüne Bundesratskandidatin antrat, wurde ausgerechnet im Hearing der SP «grausam grilliert», wie sich etliche Fraktionsmitglieder bitterlich erinnern. So sprach der Schwyzer SP-Nationalrat Andy Tschümperlin damals von einem «fast schon unbedarften Auftritt», der die Ernsthaftigkeit dieser grünen Kandidatur infrage gestellt habe.

Im Kampf um Macht und Posten war es offensichtlich rasch vorbei mit der rot-grünen Harmonie. Die SP hat das Terrain markiert — kein grüner Bundesratssitz auf ihre Kosten —, womit die Grünen, wie ihr Berner Nationalrat Alec von Graffenried, 48, reichlich ernüchtert sagt, «nun einfach in der langen Warteschlange sind».

Dieser bereits dritte vergebliche Versuch, endlich Bundesratspartei zu werden, hat tiefen Frust bei den Grünen hinterlassen. Und darin liegt auch der wahre Grund, warum derzeit niemand Lust auf einen vierten Anlauf hat, obwohl Parteipräsident Leuenberger den grünen Anspruch tapfer bekräftigt. Die Frage ist nur, wie er ihn einlösen will.

## Rot-grünes gerangel

Im Grunde ist klar: Das Machtkartell der Regierungsparteien ist nur zu knacken, wenn die Grünen wachsen — und zwar kräftig. Eine 13-, 14- oder gar 15-Prozent-Partei können sie aber nur werden, «wenn die Parteispitze endlich mit Stolz auf die pragmatischen Köpfe zeigt», wie Bernhard Pulver bereits nach der Berner Wahlniederlage im Frühling 2010 (via «Sonntag») erklärte. Die Partei, sagt auch der Politgeograf Michael Hermann, müsse sich «thematisch wie personell breiter aufstellen und sich wie die deutschen Grünen Richtung links-bürgerliches Spektrum öffnen. Zwei linke Parteien, die sich gegenseitig auf den Füßen herumstehen, machen in der Schweiz hingegen keinen Sinn.»

Keine Partei, besagt eine Studie des Politologen Georg Lutz, nutze ihr Potenzial so schlecht aus wie die Grünen. Nur jede(r) Fünfte, der oder die sich vorstellen könnte, Grün zu wählen, tut dies auch wirklich. Die Quintessenz des Politologen: «Der Konkurrenzdruck um Wählerstimmen zwischen den beiden linken Parteien ist sehr gross, da beide Parteien im gleichen Wählersegment mobilisieren.»

Ob Rot oder Grün, ist in Bern heute nahezu einerlei. In 92 Prozent der Abstimmungen liegen die beiden Fraktionen gleich, nur haben die Grünen die Roten im Jahr 1995 links überholt. So stimmten sie in der Legislatur 2003 bis 2007 in 97 Prozent der Abstimmungen für einen «starken Sozialstaat», wie Michael Hermann errechnet hat.\* Nicht allen Grünen passt dieser Kurs am linken Rand. Jene, die er am meisten ärgerte, sind bereits 2004 ausgezogen, bei der Gründung der (Zürcher) Grünliberalen. Einer, der trotzdem geblieben ist, ist Alec von Graffenried. Er war es auch, der im Mai 2010 die Wiederwahl des pointiert links und gewerkschaftlich politisierenden Ueli Leuenberger als Präsident infrage stellte. Doch weil eine Gegenkandidatur chancenlos war und deshalb auch keine lanciert wurde, wurde Leuenberger wiedergewählt — und «der Generationenwechsel und die Neuausrichtung der Partei» auf das Jahr nach den Wahlen vertagt, so von Graffenried. Wo also sind die Leute, welche die Partei öffnen könnten — wenn man sie denn lässt?

## **Die kleine Revolution**

Es ist ein giftig kalter Samstagmorgen im Januar, Delegiertenversammlung der Grünen im Theater Winterthur. Alle suchen nach Kaffee, stattdessen gibt es Bioäpfel. Antonio Hodgers beisst gerade in einen, als man ihn fragen will, ob tatsächlich eine «Revolution» rund um ihn stattgefunden hat. Hodgers lächelt und isst erst mal seinen Apfel fertig. Der 35-jährige Genfer Nationalrat trägt Bluejeans und ein weisses Hemd, seit letztem Dezember ist er Chef der 25-köpfigen Bundeshaus-Fraktion. Und eine der grösseren Hoffnungen für die Linksliberalen wie Alec von Graffenried. Hodgers' Wahl als Fraktionschef sei nichts weniger als «eine Revolution» gewesen, sagt Aline Trede, die Co-Vizepräsidentin der Partei. Hodgers stammt aus einer argentinischen Flüchtlingsfamilie, und zumindest seine Supporter hoffen, er könnte dereinst für die Schweizer Grünen werden, was der smarte Parteichef Cem Özdemir für die deutschen Grünen ist: eine neue Leuchtfigur, jung, undogmatisch, ohne Berührungsängste. Oder wie es Alec von Graffenried formuliert: «Einer, der frei ist von alten grünen Reflexen und einer allzu ideologischen Betrachtungsweise.»

Schwer zu sagen, ob er das schafft. Hodgers, ein guter Kommunikator, wenn auch in limitiertem Deutsch, gibt sich vorsichtig. Auch er will jetzt keinen Richtungsstreit. Von «Revolution» würde er nicht reden, lieber von Aufbruch. Seine Wahl, obschon mit einer einzigen Stimme Vorsprung, war tatsächlich die Überwindung eines grünen Urreflexes, nämlich des Gender-Reflexes: dass die Grüne Partei nicht von zwei Männern geführt werden darf

## **Ein Unternehmer!**

Hodgers ist 35 und Unternehmer (Mitinhaber eines Mobilitätsberatungsbüros), sein unterlegener Gegenkandidat, der Luzerner Nationalrat Louis Schelbert, ist 58 und Gewerkschafter. Faktisch stimmt der Unternehmer Hodgers im Parlament nicht anders ab als der Gewerkschafter Schelbert. Doch im Gespräch betont er, dass ihm persönliche Eigenverantwortung sehr wichtig sei und d er Staat — bei aller sozialen Verantwortung — eben nicht alles richten könne. Will er sich damit durchsetzen, wird er noch einen

langen Marsch vor sich haben, denn die grünen Wahllisten sind fast so voll mit Gewerkschaftern und Angestellten staatsabhängiger Institutionen wie bei der SP.

Ein anderer neuer Kopf ist besagte Aline Trede, eine 27-jährige Bernerin, die allein schon ihrer roten Haare wegen aus der ergrauten grünen Führungsriege ragt. Die ETH-Umweltwissenschaftlerin ist fröhliche Nichtfliegerin, aber keine Grüne, die glaubt, sie müsse die Welt täglich und persönlich schultern. Nur ja nicht die Grünen vorschnell abschreiben!, warnt sie lachend, während an der Versammlung eine lauwarmer Rede nach der andern gehalten wird. «Sie werden sehen, in diesem Jahr wird es noch fegen!», sagt Trede. (Die knappe Abstimmungsniederlage über das AKW Mühleberg wird sie ein paar Wochen später fast wie einen Sieg feiern.)

Eines ist allerdings auch für die junge Vizepräsidentin klar: «Im Schlafwagen werden wir diese Wahlen nicht mehr gewinnen.» Die Partei, sagt sie mit einem tiefen Seufzer, habe sich irgendwie zufrieden im parlamentarischen Alltag eingerichtet und sei träge geworden.

Aline Trede zählt zu einer neuen Generation von Grünen, die sich ihre Partei ein paar Zacken frischer, frecher, konkreter wünscht, hingegen gerne etwas weniger esoterisch und politisch korrekt. Ein Anliegen, das übrigens keine Frage des Alters ist. Auch Martin Graf, 57, der seit dreizehn Jahren erfolgreicher grüner Stadtpräsident von Illnau-Effretikon ist und jetzt in den Zürcher Regierungsrat will, sagt schlicht: «Wir Grünen reden oft zu kompliziert.» Was fehle, seien die Emotionen, sagt Graf.

Bei den deutschen Grünen flogen Ministern schon Farbbeutel an die Ohren. Nicht, dass das erstrebenswert wäre, doch an den Parteitag der Schweizer Grünen sieht man höchstens Teebeutel. «Gottesdienste» nennt sie Alec von Graffenried. Heftige Diskussionen gibt es selten, «weil viele Grüne die offene Austragung von unterschiedlichen Meinungen als Schwäche empfinden». In Winterthur besteht der emotionale Höhepunkt in einer Diskussion darüber, ob die neue Initiative zum grünen Umbau der Wirtschaft mit einer symbolischen Krawatte beworben werden darf — oder eben nicht, weil die Krawatte ein übles Männersymbol und deshalb total daneben sei. (Die Krawatte darf bleiben, die Plakate sind ohnehin schon gedruckt.) Aline Trede, die

selber an der Ausarbeitung der Initiative beteiligt war, nimmt solche Krawatten-Diskussionen unterdessen mit Humor: «Schön, die Provokation wirkt offenbar.»

Was die Vizepräsidentin weit mehr sorgt, ist das politische Desinteresse der jungen Frauen. Sie wählen nicht mehr quasi im Schlaf grün. Sondern gar nicht. Oder SP, weil sie die Grünen vielleicht für eine miefige Katastrophenpartei halten, die den Spass am Leben verdirbt. Aline Trede ist so ratlos über ihre eigene Generation, dass sie eine Online-Umfrage gestartet hat, um deren Motive zu ergründen. Was sie hingegen sicher weiss: Auch für Jungpolitikerinnen ist es nicht einfach in der «Partei der Jungen», wo sich «die Alten ebenfalls als Junge» fühlen, wie Trede sagt und kurz die Augen verdreht. Immerhin, sie selber hat jetzt einen guten Listenplatz für die Nationalratswahlen und ohnehin grosse Lust auf Politik, auf der Strasse wie im Parlament.

Der Zürcher Bastien Girod, 30, sitzt schon seit vier Jahren dort. Dass er es 2007 nach Bern schaffte, hat wohl auch mit jenem Bild zu tun, auf dem er mit Aline Trede zu sehen war, nackt, vor einem Zürcher Polizeiposten, wo die beiden mit einer Gruppe anderer nackter junger Grüner gegen rüde Filzmethoden der örtlichen Beamten protestiert hatten. Das Bild schaffte es in fast jede Zeitung (und auch ins «Magazin»).

Schon die Aktion «Striptease» mag für einen Schweizer Durchschnittsgrünen ziemlich nach Selbstinszenierung gerochen haben. Dass Girod überdies sorgfältig seine Sixpacks trainiert, dass er gerne mal ein Formel-1-Rennen im Fernsehen sieht und — als einziger Grüner nebst Antonio Hodgers und Alec von Graffenried — nichts gegen das Absingen der Nationalhymne im Parlament hat, das hat ihn erst recht an die grüne Grenze der politischen Frivolität geführt. Und für die linken Grünen weit darüber hinaus.

## **Kein Geld**

Bastien Girod hat sich damit abgefunden — oder wenigstens halbwegs —, dass er als «grüner Pin-up Boy» («Tages-Anzeiger») karikiert wird. Er sieht das pragmatisch, viel Medienpräsenz spart viel Geld für Werbung, das man sowieso nicht hat. (Apropos: Die Grünen haben 180 000 Franken für dieses Wahljahr zur Verfügung, «so viel wie die SVP in zwei, drei Tagen verpulvert», wie sich Präsident Ueli Leuenberger ärgert.) Auch die

populäre Stopp-Offroader-Initiative, die Girod und Aline Trede massgeblich mitangeschoben haben, hat den (Jungen) Grünen Publizität verschafft wie selten in den letzten Jahren.

Das Trio Hodgers/Trede/Girod ist weit entfernt vom Klischee der Kupferwollebast-Partei. Wenn schon, dann sind sie die Vertreter der grünen Generation Apple. Nichts gegen Müesli, aber noch lieber mögen sie die neusten Macs, die man auch sieht an grünen Parteiversammlungen.

Wie Antonio Hodgers will sich auch Bastien Girod nicht mehr in den alten Links-rechts-Kategorien definieren, wie er bei einem Espresso in seiner Zürcher Stammbeiz HotPasta sagt. Der promovierte ETH-Umweltwissenschaftler fühlt sich «postmodernen Werten» verpflichtet. Girod möchte die «progressive, idealistische, bescheidene» Wählerschaft ansprechen, und was er darunter versteht, versucht er in seinem (durchaus anregenden) Buch «Green Change» zu erklären.\*\* Er lehnt sich dabei an Ökonomen wie Bruno S. Frey an, die schon lange herausgefunden haben, dass immer mehr, immer höher, immer weiter keineswegs immer glücklicher macht. Grüne Politik, fordert Girod, solle nicht den materiellen Wohlstand der Bürger maximieren, sondern deren Glück. Dabei sieht er Koalitionsmöglichkeiten mit allen Lagern: dem sozialen, dem liberalen und selbst mit dem konservativen. Was immer das im politischen Alltag heissen mag, es ist jedenfalls ziemlich weit von den Vorstellungen seines Parteipräsidenten entfernt, der sich «noch immer ganz klar als Linker» versteht.

Im Moment gehe gerade eine halbjährige «Eiszeit» zwischen Leuenberger und ihm zu Ende, sagt Girod. Der Grund dafür sagt viel aus über die Schwierigkeiten der Partei mit ihrer thematischen Öffnung. Es war im Oktober 2009, als Girod und seine St. Galler Fraktionskollegin Yvonne Gilli ein Thesenpapier zum Thema Einwanderung vorlegten. (Dummerweise via Medien und nicht direkt der Partei.) Es ging um die Folgen des freien Personenverkehrs auf Landschaft, Verkehr und Wohnungsmarkt. Was tun, damit die heimische Landschaft nicht unter dem Agglobrei einer 10-Millionen-Schweiz erstickt? Ein urgrünes Thema, emotionaler als jede Energiediskussion. Das Papier liest sich auch aus Distanz als vorsichtig abwägende, ja fast schon harmlose Auflistung von

Problemen, doch Girod und Gilli haben damit einen grünen Zentralnerv geritzt. Sie ahnten selber, was ihnen blühen könnte, schrieben sie doch in ihrem Papier: «Das Thema kann kaum differenziert aufgegriffen werden, weil jeder, der sich kritisch zum positiven Wanderungssaldo und zum Bevölkerungswachstum äussert, Gefahr läuft, in die ausländerfeindliche Ecke gestellt zu werden — auch wenn es gar nicht um die Frage der Nationalität geht.»

Prompt löste das Papier den Anti-SVP-Reflex aus. «Die Empörung bei den Grünen ist riesig», meldete sich umgehend die grüne Zürcher Stadträtin und frühere Parteipräsidentin Ruth Genner im «SonntagsBlick»; «mit dem Papier begibt sich Girod in die Nähe der Schweizer Demokraten. Wir brauchen keine ausgrenzenden Umweltschützer.» Ungefähr das Gleiche sagte auch Ueli Leuenberger, und damit war der Versuch auch schon beendet, neue Antworten zum Thema Migration und Raumplanung zu finden.

Gewiss, unterdessen haben auch die Grünen diverse Vorstösse zum Kulturlandschutz lanciert. Aber Migration, gemäss Umfragen die erste Sorge der Wählerschaft, bleibt weiterhin eine Tabuzone. Im Grundsatz gilt noch immer «Solidarität ohne Grenzen», und ihr vehementester Vertreter war dabei stets Parteipräsident und Nationalrat Ueli Leuenberger selber, der seine politische Verankerung in der Genfer Asylbewegung hat. Mit seiner Linie — «dem konsequentesten Anti-SVP-Programm aller Parteien, in dieser Hinsicht bin ich sehr frech!» — wusste der Präsident stets eine klare Mehrheit der Grünen hinter sich.

Unterdessen haben auch die SP und die SVP das Reizthema Migration und Raumplanung entdeckt und bringen sich in Stellung. Ob hingegen Girod diesen grünen Giftschränk ein zweites Mal öffnen will, weiss er noch nicht. Fest steht für ihn nur, dass auch seine Partei nicht um das Thema herumkommen wird.

Das sieht auch Alec von Graffenried so, einer der wenigen in der Fraktion, der Girod verteidigt und den grünen Kurs der grenzenlosen Offenheit schon immer als «verantwortungslos» kritisiert hat: «Mit einer solcher Migrationspolitik wäre es rasch vorbei mit dem sozialen Frieden im Land.»



Ein weiteres heikles Terrain für die Grünen ist Europa. Denn innerhalb der Partei gibt es einerseits erbitterte Gegner, welche die EU für ein rein wirtschaftsorientiertes Wachstumsprojekt halten; und es gibt ebenso glühende Befürworter, die von der EU als grossartigem Friedensprojekt schwärmen. Zur Kaschierung dieser Kluft muss sich die Wahlplattform der Partei in eine Hohlformel flüchten: «Die Grünen setzen sich für die öffentliche Diskussion einer Verhandlungsposition der Schweiz gegenüber der EU ein.»

Und wie steht es um jenen Bereich, der «das grüne Original» ausmacht, nämlich die Umweltpolitik? Auch da ist die Konkurrenz härter geworden, seit alle irgendwie grün sein wollen. Das Original hat die (mediale) Bühne schon lange nicht mehr für sich allein. In der «Arena» zum Beispiel durften sich nicht die Grünen in der werbewirksamen ersten Reihe als AKW-Gegner profilieren, sondern der Grünliberale Martin Bäumle.

Natürlich haben die Grünen kompetente Umweltpolitikerinnen, zum Beispiel Maya Graf oder Franziska Teuscher. Doch ausgerechnet die grünen Schlachtrösser mit der grössten Medienpräsenz gehören (mit Ausnahme von Bastien Girod) nicht dazu. Bekannte Köpfe wie der Zuger Jo Lang, der Zürcher Daniel Vischer oder der Aargauer Geri Müller «vergiessen ihr Herzblut für die Palästinenser und die GSoA und den Weltfrieden, aber sicher nicht für umweltpolitische Knochenarbeit», giftelt ein grüner Regierungsrat, der dem Parteifrieden zuliebe ungenannt bleiben möchte.

Auch wenn es um umweltpolitische Kompromisse im Parlament geht, sind oft die Roten erste Adresse, nicht die Grünen. Denn erstens gelten die Leute in der SP bei den Bürgerlichen als pragmatischer, zweitens sind sie mindestens doppelt so stark mit zwei eigenen Bundesrätinnen, und drittens beackern sie das grüne Feld nach Kräften mit eigenen Projekten. (Zum Beispiel mit der Cleantech-Initiative.) Gerade im grünen Kernthema lässt die Konkurrentin SP derzeit wenig anbrennen.

Hingegen böte sich den Grünen auf einem andern Feld eine «grosse Chance», wie es Michael Hermann sieht, und Bastien Girod bestätigt: «Super für uns, wenn die SP den Marx wieder aus dem Keller holt — wir sind die vernünftige Alternative dazu.» Das dezidiert linke SP-Parteiprogramm sei für die Grünen «wie ein Penalty aufs leere Tor», glaubt auch Alec von Graffenried. Werden ihn die Grünen versenken? Graffenried

lächelt und sagt: «Ich fürchte, bei diesen Wahlen noch nicht.» Nicht, solange Ueli Leuenberger Parteipräsident ist.

### **Der grünliberale Stachel**

Dabei zeigt sich gerade in der Heimatstadt von Leuenberger und Hodgers, worin die Chance läge. In Genf ist die SP unter dem Druck der extremen Linken ebenfalls nach links gerutscht — und hat den Grünen in der linken Mitte ein grosses Feld geöffnet. Mit der Folge, dass die Grünen heute sowohl in Regierung wie im Parlament stärker als die SP sind.

Eine Generationenfrage ist die künftige Ausrichtung der Partei allerdings nicht. Balthasar Glättli, um ein Beispiel zu nehmen, ist 38 und eine der dominanten grünen Figuren in Zürich. Der debattierfreudige Gewerkschafter, der für die Zürcher Grünen in den Ständerat will, politisiert, als wäre er ein Double von Leuenberger.

Glättli hat bereits grüne Geschichte geschrieben, als er im Juni 2004 Martin Bäumle, den damaligen Co-Präsidenten der Zürcher Grünen, in einer Kampfwahl aus dem Amt drückte. Diese bislang heftigste Störung des grünen «Gottesdienstes» führte zur Kernspaltung der Schweizer Grünen und zur Gründung der Grünliberalen Partei (GLP) durch Bäumle und die damalige Zürcher Regierungsrätin Verena Diener.

Zunächst wurden die beiden Abtrünnigen belächelt, doch das Lächeln ist manchem gefroren, seit die GLP in den Städten ein Mandat nach dem andern gewinnt, während die Grünen verlieren. In Zürich zählten die Grünliberalen 2010 zu den Wahlsiegern, ebenso im Kanton Bern, in Winterthur holten sie gar 10 Prozent und sind damit stärker als die Grünen. Auch unter grünen Mitgliedern von Kantons- und Stadtregierungen gibt es eine Reihe von heimlichen Grünliberalen, die nur deshalb die Partei nicht wechseln, weil sie keine Lust auf einen Spiessrutenlauf als Konvertiten haben, wie ihn Verena Diener erlebte.

Namentlich Bäumle ist unter Linksgrünen schon fast zu einer Hassfigur geworden, dem man bei jeder Gelegenheit unter die Nase reibt, er sei nicht liberal. Sondern «rechts». Sogar «rechtskonservativ». Und Chef einer irrlichternden Chaostruppe. Es muss schon

Blocher her, um Grüne giftiger über einen Politiker reden zu hören als über Martin Bäumle.

Ihn selber scheint das wenig anzufechten, er ist ohnehin nonstop am Telefonieren, um seine Partei zu organisieren, der alle Prognostiker einen Wahlsieg voraussagen. Die Stimmen kommen von fast überallher, insbesondere aber aus dem grünen Lager. In der GLP sind viele Techniker und Informatiker zu finden, auch Juristinnen, Marketingfachfrauen und Wirtschaftslobbyistinnen, lauter Berufsleute, denen die bürgerlichen Parteien zu wenig ökologisch, die SP zu etatistisch und die Grünen zu links sind.

Manchen links-grünen Politikern schwant zudem, dass die Grünliberalen von jener gut situierten Wählerschaft profitieren könnten, die Ökologie für wichtig hält und trotzdem etwas tiefere Steuern und etwas höhere Einwanderungsschranken will. Denn gemäss Vox-Analyse hat ungefähr jeder fünfte grüne Wähler ein Ja eingelegt bei der Ausschaffungsinitiative, die bekanntlich offiziell des Teufels war.

So ist die Lage der Grünen im anrollenden Wahlkampf ziemlich ungemütlich. Links ist die Wand, rechts sind die Grünliberalen, und direkt vor der Sonne stehen ihnen die Sozialdemokraten.

Es wird noch eine Weile dauern, bis die Grünen den Weg aus dem Schatten gefunden haben.

---

**«Unsere Partei hat sich irgendwie bequem im parlamentarischen Alltag eingerichtet und ist träge geworden», sagt die grüne Vizepräsidentin Aline Trede.**

**Links ist die Wand, rechts sind die Grünliberalen, und direkt vor der Sonne stehen den Grünen die Sozialdemokraten.**

*\*Michael Hermanns Analyse ist zu finden in: «Die Grünen in der Schweiz», Hrsg. Matthias Baer und Werner Seitz, Rüegger 2008*

*\*\*Bastien Girod: «Green Change», Zytglogge 2010*